



# Kommunales in Stadt und Landkreis

Nr. 5 - März 2018



## Luftreinhaltung und Diesel-Fahrverbote

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. Februar hat erhebliche Auswirkungen auf Städte und Dieselfahrer im Südwesten. Die grün-schwarze Landesregierung kann jedoch immer noch keine Pläne vorlegen, wie sie die Situation besonders in Stuttgart nun bewältigen will. Ab jetzt wird es nicht mehr möglich sein, sich hinter einem ausstehenden Urteil zu verstecken. Jetzt muss die Landesregierung handeln und endlich Maßnahmen vorlegen, wie sie der Luftbelastung in der Landeshauptstadt beikommen will. SPD-Fraktionsvorsitzender Andreas Stoch drückte es so aus: „Es ist und bleibt Tatsache, dass ein grüner Ministerpräsident, ein grüner Verkehrsminister, ein grüner Regierungs-

präsident und ein grüner Oberbürgermeister es nicht schaffen, gemeinsam erfolgreich für saubere Luft in Stuttgart zu sorgen. Wie will die Landesregierung denn nun Fahrverbote vermeiden? Wo sind denn die Maßnahmen, damit mehr Menschen im Land auf den Öffentlichen Nahverkehr umsteigen? Wann gibt es in Baden-Württemberg endlich nicht nur die För-



Gabi Eder / pixelio

derung der Ersatzbeschaffung von Stadt- und Straßenbahnen, sondern auch Geld für Neufahrzeuge, damit das ÖPNV-Angebot ausgeweitet werden kann? Wo bleibt die verbindliche Fortführung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, damit der konsequente Ausbau von ÖPNV-Strecken im Land weitergehen kann? Was passiert, damit die andauernden Verspätungen und Zugausfälle im Schienenpersonennahverkehr des Landes endlich Geschichte sind und Pendler gern auf Busse und Bahnen umsteigen?“ Der CDU ist dabei vorzuhalten, dass sie im letzten Jahr vor den Plänen der Grünen eingeknickt ist und nicht auf eine Revision des Stuttgarter Urteils gesetzt hatte, sondern direkt das Mittel der Sprungrevision zum Bundesverwaltungsgericht wählte. Auf dem anderen Wege hätte das Gericht die Pläne des Bundes zur Luftreinhaltung der letzten Monate berücksichtigen müssen und möglichen Fahrverboten vielleicht nicht zugestimmt. Das Urteil vom 27.2. ist jedoch nun kein Freibrief für Fahrverbote, sondern die Landesregierung muss sich nun fragen, welche Maßnahmen zur Luftreinhaltung sie nun ergreifen kann: „Wegducken und allein auf den Bund und die Notwendigkeit der Blauen Plakette zu verweisen, war schon immer zu kurz gedacht und ist nach dem heutigen Urteil unmöglich“, so Stoch.

## Ausgewählte Termine in der Region

**9.3.2018**

Landtagsbesuch der Klassenstufe 11 des JKG Weinsberg mit Reinhold Gall

**Wo?:** Landtag Stuttgart

**12.3.2018**

Jahresempfang Freundeskreis der Stadtbibliothek mit Rainer Hinderer

**Wo?:** Volksbank Heilbronn

**16.3.2018**

Hinter den Kulissen im Tierheim Heilbronn mit Rainer Hinderer

**Wo?:** Tierheim Heilbronn

**17.3.2018**

Jahreshauptversammlung Kreisfeuerwehrverband Heilbronn mit Reinhold Gall

**Wo?:** Wüstenrot

## Impressum

Wahlkreisbüro Reinhold Gall und Rainer Hinderer

Wilhelmstr. 3 74072 Heilbronn

Tel: 07131/5943071

Mail: [info@reinhold-gall.de](mailto:info@reinhold-gall.de)

[info@rainer-hinderer.de](mailto:info@rainer-hinderer.de)

Unsere anderen Newsletter und weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.reinhold-gall.de>

## Mobilität gestalten! - Antworten der Heilbronner SPD auf die Diesel-Debatte

Am 27.02.2018 urteilte das Bundesverwaltungsgericht, dass Fahrverbote für Dieselaufos in allen Kommunen Deutschlands ermöglicht werden können, wenn die Grenzwerte entsprechend überschritten werden. „Das Urteil zu möglichen Fahrverboten ist eine Klatsche für die Landesregierung. Es ist bedauerlich, dass nicht mal ein grüner Ministerpräsident und ein grüner Verkehrsminister es schaffen, gute Rahmenbedingungen für bessere Luft in den Städten zu setzen“, betont der Heilbronner Abgeordnete Rainer Hinderer. Dringend notwendig ist aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion endlich nicht nur die Ersatzbeschaffung von Stadt- und Straßenbahnen zu fördern, sondern auch Geld für Neufahrzeuge bereitzustellen. Außerdem muss das Landesgemeindeverkehrsfinan-



zierungsgesetz fortgeführt werden, damit der konsequente Ausbau von ÖPNV-Strecken im Land weitergehen kann.

Da auch in Heilbronn Fahrverbote nicht ausgeschlossen werden können, hat die Heilbronner SPD-Fraktion im Rahmen des Mobilitätskonzeptes ein entsprechen-

des Antragspaket auf den Weg gebracht. Teil dieses Pakets ist unter anderem eine Verbesserung des ÖPNV-Anschlusses zum Klinikum am Gesundbrunnen und ein zuverlässigeres, enger getaktetes, also attraktiveres Busnetz um mehr Bürgerinnen und Bürger vom ÖPNV zu überzeugen. Zusätzlich fordert die SPD die Etablierung eines „Amtes für Mobilität“ mit Gesamtverantwortung für alle Verkehrsteilnehmer, um Probleme einfacher erfassen und schneller lösen zu können. Zudem können Fuß- und Fahrradwege sowie der ÖPNV und der KFZ-Verkehr so besser vernetzt und sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Die Stadtverwaltung soll eine Machbarkeitsstudie für ein Fahrrad- und ein E-Roller-Leihsystem vorlegen. Aber auch die Fahrradwege sollen fortan priorisiert werden. Außerdem gibt es den Vorschlag für einen Park&Ride-Betrieb auf der Theresienwiese und anderen geeigneten Parkplätzen. Dort kann der PKW abgestellt, und die Innenstadt mit Bus und Stadtbahn durchquert werden. Als Fahrkarte für den ÖPNV gilt dann ein Tagesparkticket. In Abstimmung mit den Bezirksbeiräten sollen darüber hinaus weitere Tempo 30-Zonen eingerichtet werden und neue Busspuren den öffentlichen Nahverkehr beschleunigen. Um die Verkehrssituation an den Schulen zu verbessern, soll die im letzten Jahr durchgeführte Aktion „Sicherer Schulweg zu Fuß“ verstetigt werden und zu einer ständigen Aufgabe der Schulleitungen und Elternbeiräte werden.

Das bisher für die Verwaltung existierende Jobticket soll auf alle städtischen Unternehmen und Beteiligungen ausgeweitet werden um mehr städtischen Mitarbeitern den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu ermöglichen.

Diese Vorschläge sind sofort, d.h. innerhalb von zwölf Monaten umsetzbar und ohne untragbare finanzielle Investitionen möglich. Damit könnte in Heilbronn sofort ein erheblicher Beitrag zur Luftreinhaltung geleistet werden.

## Aktuelles

**Süßener Moschee zur Chefsache machen.** Entsetzt äußert sich SPD-Fraktionsvize Sascha Binder über die jetzt bekannt gewordene Tatsache, dass die DITIB-Moschee in Süßen Kinder ihrer Gemeinde für einen Sieg der Türkei im syrischen Afrin hat beten lassen: „Eine derartige Indoktrinierung von Kindern dürfen wir in unserem Land nicht zulassen.“ Binder greift die Reaktion des Integrationsministeriums, diesen Vorfall beim nächsten Runden Tisch der Religionen zu thematisieren, zu kurz. „Ministerpräsident Kretschmann muss diesen Vorgang zur Chefsache machen und schnellstmöglich den DITIB Landesverband Baden-Württemberg zum Rapport einbestellen“, fordert der SPD-Innenexperte entsprechend. ++++ **Zweifel bei Stobls Digitalisierungs-Qualifizierung.** Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt grundsätzlich die Initiative der Landesregierung, die digitale Kompetenz in den Verwaltungen des Landes und der Kommunen auszubauen. Man will jedoch genau beobachten, zu welchen Ergebnissen das Qualifizierungsprojekt digitalakademie@bw kommt, und meldet Zweifel an. „Angesichts der geringen Fördersumme von 800.000 Euro für die Jahre 2018 und 2019 gibt es keine Möglichkeiten zu großen Sprüngen.“, so Stickelberger und stellt deshalb in Frage, ob durch dieses Projekt tatsächlich das Personal ausreichend für die großen Herausforderungen der Digitalisierung qualifizieren werden kann.